

Antrag für den Kreisparteitag der CDU-Altona/Elbvororte

Altonaer Gedanken zum Kurs der Hamburger CDU

Die CDU hat seit der Regierungsübernahme im Jahre 2001 in Hamburg viel bewegt. So ist die Stadt deutlich sicherer geworden, die Kinderbetreuung wurde massiv ausgebaut und qualitativ verbessert, die Wirtschaft steht dank des Hafens sowie einer Förderung zukunftsfähiger Branchen sehr gut da und nicht zuletzt der Tourismus-Boom sowie die kontinuierlich steigenden Einwohnerzahlen zeigen, dass Hamburg insgesamt deutlich attraktiver geworden ist. All dies hat zusammen mit einem beliebten Bürgermeister dazu geführt, dass die CDU auch 2008 mit einem sehr guten Wahlergebnis einen Regierungsauftrag von den Wählerinnen und Wählern erhielt.

Mit der schwarz-grünen Koalition hat die Hamburger CDU Neuland betreten. Beide Parteien haben zwar durchaus ein gemeinsames Fundament von vergleichbaren Werten – vom christlichen und humanistischen Menschenbild über das Subsidiaritätsprinzip und Generationengerechtigkeit bis hin zum nachhaltigen Wirtschaften und dem Bekenntnis zur Bewahrung der Schöpfung. Dennoch gab und gibt es in wichtigen Politikfeldern erhebliche inhaltliche Differenzen, aus denen jedoch kluge und innovative Lösungen erwachsen können.

Während es der GAL gelungen ist, ihre Mitglieder durch frühzeitige intensive Diskussionen bereits nach den Sondierungsgesprächen auf diesem schwierigen Weg einzubinden und wirklich mitzunehmen, war in der CDU zu häufig Geschlossenheit das oberste Gebot – unabhängig von der Frage, ob diese Geschlossenheit auch auf einer gewachsenen inneren Überzeugung basiert. Der neue Erste Bürgermeister Christoph Ahlhaus und der neue Landesvorsitzende Frank Schira haben daher zu recht erklärt, dass die CDU zwar auch künftig eine Partei sein müsse, die geschlossen und solidarisch auftritt wenn es darauf an kommt - die aber zuvor Kurs und Inhalte intensiv und streitig diskutieren müsse.

Nicht zuletzt aufgrund des Ergebnisses des Volksentscheides vom 18. Juli ist eine innerparteiliche Diskussion um die Positionierung der CDU in der Schulpolitik aktuell von besonderer Bedeutung. Vor diesem Hintergrund beschließt die CDU-Altona/Elbvororte:

Wir haben verstanden!

1. Wir haben verstanden, dass unser Eintreten für die Primarschule viele Mitglieder und Wähler in den letzten beiden Jahren enttäuscht hat. Weniger, weil wir in der Koalition mit der GAL einen Kompromiss finden mussten, sondern vor allem, weil wir es in der Wahrnehmung unserer Mitglieder und Wähler nicht ausreichend geschafft haben, ein eigenes schulpolitisches Profil der CDU in dieser Koalition zu zeigen, die schulpolitischen Interessen unserer Mitglieder und Wähler stärker zu vertreten und durchzusetzen und handwerkliche Fehler zu vermeiden.
2. Wir haben verstanden, dass wir darüber hinaus viele Mitglieder und Wähler dadurch erheblich irritiert haben, dass der schulpolitische Kompromiss mit der GAL plötzlich zur schulpolitischen Position der Hamburger CDU wurde. Der abrupte Bruch mit der schulpolitischen Tradition der CDU und ein teilweiser Mangel an innerparteilicher Diskussion – trotz entsprechender Parteitagbeschlüsse – haben dazu geführt, dass sich viele Mitglieder und Wähler

politisch heimatlos fühlten, auch wenn Teile der Mitglied- und der Wählerschaft der Idee der Primarschule grundsätzlich positiv gegenüber standen und diese unterstützt haben. Der Volksentscheid hat die Diskussion über die Primarschule nun beendet, das Ergebnis erkennen wir unabhängig von unserem jeweiligen inhaltlichen Standpunkt vorbehaltlos an.

3. Wir haben verstanden, dass der Versuch, unter hohem Zeitdruck flächendeckend ein neues Schulsystem einzuführen, dem Ziel der CDU, Reformen im Schulbereich nur mit breiter Unterstützung der Betroffenen und der Schulöffentlichkeit durchzuführen, zuwider lief. Darüber hinaus entstand vielfach der Eindruck, dass die geplante Schulstrukturreform nicht dem grundsätzlichen inhaltlichen Kompass der CDU folgte, sich bei der Wahl zwischen Freiheit und Gleichheit immer für die Freiheit zu entscheiden. Auch Mitglieder und Wähler, die sich nicht für Schulpolitik interessieren, haben sich hieran erheblich gestört.
4. Wir haben verstanden, dass die mangelnde Information und Diskussion über die finanziellen Folgen der Schulstrukturreform nicht nur der Landeshaushaltsordnung widersprach, sondern auch die Glaubwürdigkeit unserer Finanz- und Haushaltspolitik und damit eine Kernkompetenz der CDU beschädigt hat.
5. Wir haben verstanden, dass sich nicht wenige Mitglieder und Wähler auch durch einige Äußerungen tief verletzt fühlen. Dafür möchten wir uns entschuldigen.

Wir brauchen einen Neuanfang!

1. Wir müssen Bildungspolitik wieder zu einem Markenzeichen der CDU machen, das unabhängig vom jeweiligen Koalitionspartner Bestand hat..
2. Wir müssen in der CDU daran arbeiten, bundesweit in der Bildungspolitik bei allen Unterschieden zwischen Stadt und Land wieder einheitlicher aufzutreten. Der offene, transparente und kritische Diskurs über die inhaltliche Ausrichtung - auch mit verschiedenen Positionen innerhalb der CDU - darf dabei jedoch nicht eingeschränkt werden.
3. Wir müssen die Partei sein, die in der Schulpolitik auf Leistung und Chancengerechtigkeit, auf die möglichst frühzeitige Förderung Benachteiligter sowie auf Behutsamkeit, Kontinuität und Pragmatismus setzt. Zugleich müssen wir Gleichmacherei eine klare Absage erteilen.
4. Wir müssen in der Schulpolitik über Legislaturperioden hinaus ein Klima der Verlässlichkeit und des Vertrauens schaffen. Daher ist jetzt von großer Bedeutung, in der Partei und in der Stadt einen echten Versöhnungsprozess einzuleiten, um eine Rückkehr zur stark an der Sache orientierten Diskussionskultur während der Enquete-Kommission zu schaffen.
5. Wir müssen dafür eintreten, dass der Staat die Ziele durch Standards definiert und ihre Erreichung kontrolliert und transparent macht – dass Schulen und Lehrer aber einen größtmöglichen Freiraum auf ihrem Weg dorthin haben.
6. Wir fordern die Programmkommission der Hamburger CDU auf, eine neue schulpolitische Position in enger Abstimmung mit dem Landesfachausschuss Bildung und weiteren an Schulpolitik interessierten Mitgliedern zu entwickeln und hierüber eine ausgiebige innerparteiliche Diskussion zu führen.

Wir müssen jetzt Zeichen setzen!

1. Wir fordern die Bildungsbehörde und die Regierungsfractionen auf, die Konsequenzen aus dem Volksentscheid gemeinsam und nicht im Konflikt mit der Volksinitiative „Wir wollen lernen“ zu ziehen. Nach dem Vorbild der Einbeziehung von „Mehr Demokratie“ u.a. in die Vorbereitung der Wahlen 2012 muss die Initiative in die Vorbereitung des neuen Schulgesetzes, die Frage des Umgangs mit den ehemaligen Starterschulen und in die aktuellen schulorganisatorischen Themen, soweit sie vom Volksentscheid berührt sind, eingebunden werden. Dieses sollte allein schon deshalb passieren, um juristische Auseinandersetzungen zu Lasten der Kinder und Eltern zu vermeiden.
2. Wir fordern die Volksinitiative im Falle ihrer Einbindung auf, die notwendigen gesetzlichen und organisatorischen Anpassungsmaßnahmen konstruktiv und pragmatisch im Sinne aller Eltern zu begleiten.
3. Wir fordern die Bildungsbehörde auf, die vor dem Volksentscheid beschlossenen schulorganisatorische Veränderungen, die aufgrund des Volksentscheides ggf. obsolet geworden sind, bis zur Verabschiedung eines neuen Schulentwicklungsplanes nicht umzusetzen.
4. Wir fordern den CDU-Landesvorstand und die CDU-Bürgerschaftsfraction auf, den neuen schulpolitischen Kurs der Hamburger CDU durch geeignete Maßnahmen glaubwürdig zu unterlegen. Der CDU-Bürgerschaftsfraction, die die konkreten Umsetzungsmaßnahmen der unstrittigen Teile der Schulreform und des Ergebnisses des Volksentscheides parlamentarisch zu begleiten hat, kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Aufgabe zu. Sie muss sich dabei – da wo erforderlich – klar als Wächter des Ergebnisses des Volksentscheides positionieren.

Wir wollen Schulpolitik konkret gestalten!

Wir fordern die CDU-Bürgerschaftsfraction auf, sich in den nächsten Monaten insbesondere auf folgende Punkte zu konzentrieren:

1. Umsetzung der Beschlüsse der Enquete-Kommission und Einführung des Zwei-Säulen-Systems aus Stadtteilschule und Gymnasium. Dabei ist die Stadtteilschule, die in der Diskussion bislang zu kurz gekommen ist, deutlich zu stärken, als klare Alternative zum teilweise kritisierten G8 zu positionieren und in der Regel als Langformschule (Klassen 1 bis 11 bzw. 13) zu führen.
2. Nutzung der geschaffenen Instrumente (Schulinspektion, Vergleichsarbeiten,...) für einen pragmatischen und kontinuierlichen Verbesserungsprozess in den Schulen.
3. Qualitativer und quantitativer behördenübergreifender Ausbau der Frühförderung sowie die Einführung erster „Bildungshäuser“ (Verzahnung von Kita und Grundschule). Unter anderem dafür sollten zusätzliche Gelder bereitgestellt werden, die jetzt nicht mehr für die Einführung der Primarschule benötigt werden.
4. Vereinfachung und Unterstützung des Übergangs von der Berufsausbildung in die Hochschulen.
5. Nachfrageorientiertes Programm zum Ausbau von Ganztagschulen mit Vorrang für Grundschulen und Stadtteilschulen.

6. Stadtteil- und bedarfsgerechter Einsatz zusätzlicher Fördermaßnahmen.

Wir brauchen jetzt Schulfrieden!

1. Wir fordern alle Mitglieder und Sympathisanten der CDU auf, jetzt den schulpolitischen Versöhnungsprozess innerhalb und außerhalb der CDU ohne Ressentiments und Vorurteile konstruktiv voranzutreiben und im Schulterschluss die mittel- und längerfristige Ausrichtung der CDU-Schulpolitik nach 2012 gemeinsam zu entwickeln.
2. Wir werden jedem Ansinnen, in den nächsten zehn Jahren eine erneute Diskussion um die Hamburger Schulstruktur zu beginnen, eine klare Absage erteilen.
3. Wir werden jedem denkbaren Versuch, die Schulstruktur durch die Hintertür zu verändern, entschieden entgegenzutreten.

Der Kreisvorstand wird gebeten, diesen Antrag beim nächsten Landesausschuss zur Abstimmung zu stellen.

Hamburg, 30. August 2010

Robert Heinemann MdHB
Karin Prien
Marcus Weinberg MdB

Dr. Katja Conradi
Christian Jourdant
Ria Matthes
Wolfgang Prinzenberg
Dr. Wolfgang Schumann
Ingrid Strohmann-Wett